



Herrn  
Andreas Lorenz  
Eichelberg 4  
93194 Walderbach

Maximilianeum  
81627 München  
Telefon +49 (89) 41262365  
oder (089) 41 26-0

11.08.2010  
**LA.0020.16**

**Verbisschäden an Tannen  
Eingabe vom 08.04.2009**

Anlagen: 1 Protokollauszug

Sehr geehrter Herr Lorenz,

der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat Ihre Eingabe in der öffentlichen Sitzung vom 07.07.2010 beraten und beschlossen,

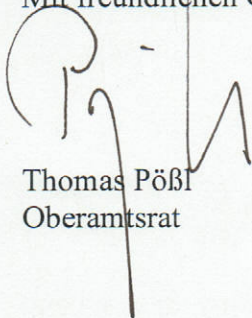
**die Eingabe der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen (§ 80 Nr. 3 der GeschO) mit der Maßgabe, dem Ausschuss im Herbst 2011 zu berichten.**

Diese Beschlussfassung bedeutet, dass der Ausschuss Ihr Anliegen für berechtigt hält. Der Landtag erwartet von der Staatsregierung, dass Ihrem Gesuch mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nachgegangen wird.

Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wurde deshalb gebeten, die Angelegenheit intensiv zu begleiten. Zudem wurde die Staatsregierung beauftragt, dem Ausschuss im Herbst 2011 über die Entwicklung vor Ort zu berichten.

Einen Auszug aus dem Sitzungsprotokoll fügen wir diesem Schreiben zu Ihrer näheren Information bei.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Pözl  
Oberamtsrat

Kommunikation allgemein

Telefax 089 4126-1392  
E-Mail [landtag@bayern.landtag.de](mailto:landtag@bayern.landtag.de)  
Internet <http://www.bayern.landtag.de>

Öffentliche Verkehrsmittel

U-Bahn U4/U5 Max-Weber-Platz  
Straßenbahn 19 Maximilianeum

Paketanschrift

Max-Planck-Straße 1  
81675 München

Umweltfreundlich, 100 % Altpapier



**Andreas Lorenz in 93194 Walderbach (LA.0020.16)****- Verbisschäden an Tannen****R 4-JF 150-820 -Landw-**

Vorsitz: Albert Füracker (CSU)  
Berichterstattung: Annette Karl (SPD)  
Mitberichterstattung: Thomas Dechant (FDP)

Abg. Annette Karl (SPD) teilt mit, die Eingabe sei bereits am 7. Oktober 2009 behandelt worden. Die Eingabe sei damals zurückgestellt worden, weil zugesagt worden sei, dass das Landratsamt Cham im Oktober 2009 neue Streckenlisten erhalten werde. Am 19. November 2009 habe eine Waldbegehung stattgefunden, zu der ein Kurzprotokoll vorliege. Danach sei die Verbissbelastung zu hoch und es werde vorgeschlagen, die Abschussempfehlung zu erhöhen. Nach Angabe des Jagdpächters sei der Drei-Jahres-Abschussplan zu 125 % erfüllt worden. In einer neuen Vereinbarung zwischen Jagdvorsteher und Jagdpächter sei der Abschussplan von 48 auf 66 Rehe erhöht worden. Außerdem solle sich der Jagdpächter bemühen, die Zahl der Abschüsse darüber hinaus um 20 % zu erhöhen, sodass sich eine Zahl von 79 Tieren ergebe. Der Abschuss solle schwerpunktmäßig auf den besichtigten Waldflächen erfolgen, auf denen die Schäden besonders hoch seien. Im Rahmen einer Vorstandssitzung solle durch die Jagdvorsteher geklärt werden, ob damals der körperliche Nachweis vereinbart worden sei. Sofern der körperliche Nachweis vereinbart worden sei, solle geklärt werden, wie dieser durchgeführt werden solle.

Der Petent habe am 14. Juni 2010 in einer E-Mail mitgeteilt, dass das Spritzen mit Harz und das Einstreichen der Tannen nicht geholfen habe und die neuen Pflanzen alle kaputtgegangen seien. Das Nachbarrevier in Braunried trage daran die Schuld, da die Tiere aus diesem Revier herübergekommen seien.

Nach Aussage der Staatsregierung habe die Untere Jagdbehörde Anfang Juni eine Sitzung durchgeführt. Im Rahmen dieser Sitzung sei beschlossen worden, die Abschussvorgabe für das Revier Kirchenrohrbach auf 87 Tiere zu erhöhen. Gleichzeitig sei auch der körperliche Nachweis angeordnet worden.

Im Revier Braunried gebe es Probleme, weil es zwischen den Jagdgenossen und den Jagdpächtern Uneinigkeit über die Frage gebe, wie die Vorgaben umzusetzen seien. Das Forstamt komme seine Verpflichtungen nach, aber es gebe Probleme, die Vorgaben umzusetzen.

Nach ihrer Auffassung sollte dem Ausschuss darüber berichtet werden, ob die neuen Vorgaben eingehalten werden, wie sich die Verbisssituation aufgrund der neuen Vorgaben entwickle und in welcher Form die Ämter tätig geworden seien.

**Abg. Thomas Dechant (FDP)** bestätigt, dass von verschiedener Seite aus versucht werde, das Problem zu lösen. Inzwischen seien von den zuständigen Ämtern auch Festlegungen getroffen worden. Das Problem könne natürlich nicht kurzfristig beseitigt werden. Deshalb sei es sinnvoll, den Ausschuss über die weitere Entwicklung zu informieren, damit dem berechtigten Anliegen entsprochen werden könne.

**RD Reinhard Menzel (Landwirtschaftsministerium)** bestätigt die Erhöhung des Abschusses von 48 auf 66 Tiere. Allerdings sei inzwischen festgestellt worden, dass auch der Abschuss von 66 Tieren nicht ausreichend sei. Die Untere Jagdbehörde habe bereits angedeutet, dass sie im laufenden Abschussplanverfahren den Abschussplan auf 87 Tiere festsetzen wolle. Nach Auskunft der Regierung sei das Verfahren derzeit noch nicht abgeschlossen, aber die Untere Jagdbehörde halte an ihrer Absicht fest, den Abschussplan auf 87 Tiere festzusetzen. Mit der neuen Abschussplanfestsetzung wäre ein weiterer Schritt in die richtige Richtung getan. Es müsse nun beobachtet werden, wie sich die neue Abschussplanfestsetzung und die vorgeschlagene Schwerpunktbejagung auswirken werden.

**Abg. Annette Karl (SPD)** beantragt, die Eingabe der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen und dem Ausschuss in einem halben Jahr zu berichten.

**Abg. Thomas Dechant (FDP)** spricht sich dafür aus, sich den Bericht in einem Jahr geben zu lassen, da ein halbes Jahr ein zu kurzer Zeitraum sei.

RD Reinhard Menzel (Landwirtschaftsministerium) empfiehlt als Zeitpunkt für den Bericht den Herbst 2011, weil es dann möglich sei, im Frühjahr ein oder zwei Waldbegehungen durchzuführen.

Abg. Annette Karl (SPD) beantragt zusätzlich, dem Petenten einen Protokollauszug zu übersenden.

**Beschluss:**

*Die Eingabe wird der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen. Dem Ausschuss ist im Herbst 2011 zu berichten.*

*Dem Petenten ist ein Protokollauszug zu übersenden.*

*(einstimmig)*